

An die Delegierten des Bundesparteitages
von Bündnis 90 / Die Grünen

Bundesparteitag: Bitte unterstützen Sie den Antrag gegen bewaffnete Drohnen

19. Januar 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Delegierte,

wir möchten Sie bitten, den Antrag A-06 "Aufrüstungsspirale beenden: Entschiedene Friedenspolitik statt Drohen mit Drohnen!" bei der Bundesdelegiertenkonferenz (BKD) vom Bündnis 90/Die Grünen am 28. und 29. Januar 2022 zu unterstützen.

Die Drohnenbewaffnung ist ein entscheidender Schritt in Richtung eines autonomen Krieges. Eine bewaffnete Drohne, die von Menschen gesteuert wird, kann durch Austausch der Software zu einer autonomen Waffe werden. Davor haben unter anderem im November 2021 KI-Forscher*innen aus Deutschland, Großbritannien und Österreich gewarnt. Das Bedrohungsszenario eines autonomen Krieges wird durch ferngesteuerte, automatische, teilautonome und autonome Waffen immer wahrscheinlicher. Es besteht die Gefahr von ungewollter Eskalation und von Hackerangriffen.

Schutz der Soldat*innen und Einsatzregeln

Seit 2014 sind keine Bundeswehr-Soldat*innen mehr durch "gegnerische Einwirkung" getötet worden. Viele Bundeswehrsoldat*innen, die beim ISAF-Einsatz in Afghanistan bis 2014 getötet worden sind, verloren ihr Leben durch Selbstmordattentate oder Sprengfallen. Davor schützen auch bewaffnete Drohnen nicht.

Einsatzregeln sind grundsätzlich änderbar. Sie bieten keine langfristige Sicherheit gegen Missbrauch oder Fehlgebrauch dieser problematischen Waffen. Die Bedenken bestehen auch nach den Debatten über Einsatzregeln in den Parteien der derzeitigen Regierung fort. Auch die Vorgaben der US-amerikanischen Armee sollen einen Schutz der Zivilist*innen im Einsatzland sicherstellen. Das das nicht der Fall ist zeigten nicht zuletzt die letzten Einsätze bewaffneter Drohnen in Afghanistan im August 2021. Allein bei dem Angriff in Kabul wurden zehn Zivilist*innen getötet, darunter sieben Kinder. Laut einem Bericht der New York Times vom Dezember 2021 wurden die US-Einsatzregeln unter anderem dadurch aufgeweicht, dass immer mehr Angriffe als Verteidigungsmaßnahmen umdefiniert wurden. Zahlreiche Zivilist*innen kamen in der Folge ums Leben.

Humanitäre Folgen

Laut einer Studie von Larry Lewis, einem führenden Wissenschaftler beim Center for Naval Analysis, besteht bei Drohnenangriffen in Afghanistan im Vergleich zu Kampffjets eine zehnmal höhere

Wahrscheinlichkeit, Zivilist*innen zu töten. Die Verletzungen durch Drohnen sind zudem besonders schwerwiegend. Laut einer Studie zum Gazakrieg waren die Drohnenangriffe die am häufigsten gemeldete Ursache für Amputationsverletzungen. Sie waren mit schwereren Verletzungen und mehr zusätzlichen Operationen verbunden als Verletzungen, die durch andere Explosivwaffen verursacht wurden.

Zu den psychologischen Folgen von Drohneneinsätzen für die betroffene Bevölkerung gehören Angsterkrankungen, Depressionen, Schlafstörungen und Posttraumatische Belastungsstörungen. In der Studie „Living under Drones“ der Stanford Law School beschrieben 50 % der Befragten emotionale Zusammenbrüche, Bewusstseinsverluste, Alpträume, Reizbarkeit, Wutausbrüche, übertriebene Reaktionen auf Lärm, Appetitverlust, Erbrechen, Übelkeit und Schmerzen. Auch die physische und psychische Gesundheit der Soldat*innen, die Drohnen steuern, ist beeinträchtigt. Sie leiden verstärkt an Posttraumatischen Belastungsstörungen.

Bitte unterstützen Sie den Antrag A-06 gegen eine Bewaffnung von Drohnen.

Mit freundlichen Grüßen



Ralph Urban
IPPNW-Vorstandsmitglied